



Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Johannes Rau
Heinz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner

Die Neue Gesellschaft

7

1982
29. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Verlag Neue Gesellschaft
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: Vorwärts Verlag, 5300 Bonn 2

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich (stellvertretender Vorsitzender)
Iring Fetscher
Martin Greiffenhagen
Reimut Jochimsen
Richard Löwenthal
Susanne Miller
Peter von Oertzen

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 6,- DM, Jahresabonnement 48,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 6,5% Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreislste Nr. 11

Zum Inhalt

Das politische Europa bleibt für die meisten Westeuropäer unklar und verschwommen. Aus dem Nebel tauchen zwar hin und wieder als eher unscharfe Hügel die Brüsseler Kommission, das Europäische Parlament oder der Ministerrat auf – Eingeweihte wissen auch über eine EPZ, eine Europäische Politische Zusammenarbeit, zu berichten –, aber was in Westeuropa wirklich politisch geschieht (oder nicht geschieht), dürften wohl nur die wenigsten begreifen.

Das ist ihnen auch nicht vorzuwerfen. Wenn überhaupt, dann sind die Mechanismen der EG-Politik höchstens für Spezialisten zu durchschauen. Das Wie und Warum von innereuropäischen Wechselkursverhältnissen, von Abschöpfungen, Handelsverträgen mit Drittländern oder die absonderlichen Auswirkungen der „gemeinsamen“ Agrarpolitik werden von ausufernden Bürokratien gemanagt, verwaltet und verschlüsselt. Politische Kompromisse, schon im nationalen Rahmen häufig schwer durchschaubar und begreifbar, werden auf EG-Ebene, auf der neben verschiedenen politischen „Anliegen“ und Zielen auch nationale Interessen auszutarieren sind, manchmal schlicht unverständlich. Hinzu kommt, daß über Sinn und Ziel der Europäischen Gemeinschaft zwischen den einzelnen Mitgliedern keineswegs Einigkeit herrscht. Was den einen notwendige Gemeinsamkeit ist, um sich zwischen den Supermächten und anderen Kräften in der Welt zu behaupten und die eigene (europäische) Identität bewahren zu können, scheint den anderen die schier undenkbar Aufgabe nationaler Souveränitäten zu sein. Darüber hinaus sitzt mindestens bei der Regelung konkreter Probleme das eigene nationale Hemd näher als der europäische Rock – auch bei den erklärten Freunden europäischer Gemeinsamkeit.

Europäische Aktivisten diskutieren zur Zeit insbesondere über zwei Lösungswege aus dieser mißlichen Situation, angestachelt auch durch den näherrückenden Wahltermin zum Europäischen Parlament im Jahr 1984, um nicht mit ganz leeren Händen vor die Wähler treten zu müssen, denen man 1979 bei der ersten Direktwahl zum EP allerlei europäische Fortschritte versprochen hatte. Die einen, repräsentiert vor allem durch den ehrwürdigen Europäer Altiero Spinelli, setzen auf die europäische Union, auf die Verstärkung des Einflusses des Europäischen Parlaments und auf eine Veränderung der Europäischen Verträge mit der Folge von mehr gemeinsamer Politik.

Aber die Skeptiker, zu denen durchaus auch einige Politiker gehören, die nicht nur nach der Debatte im

EP mehr oder weniger gezwungen die „Leitlinien des Europäischen Parlaments für die Reform der Verträge und die Verwirklichung der Europäischen Union“ durch ihre Zustimmung unterstützt haben, sondern auch Mitautoren Spinellis und europäische Optimisten, bezweifeln, daß sich durch ihre Annahme kurzfristig etwas ändern werde. Und „kurzfristig“ heißt im europäischen Politikrahmen beispielsweise bis 1984. Die Macht, Dinge in Europa politisch zu regeln, werde im Endeffekt bei Europäischem Rat und bei der Brüsseler Kommission bleiben. Die europäischen Parlamentarier könnten nur hoffen, daß die Bröckchen, die für sie von der Mächtigen Tische fielen, nicht allzu klein seien.

Hier setzen diejenigen an, denen es weniger um eine Veränderung der Verträge oder des faktisch oder juristisch abgesicherten Machtgefüges zwischen den europäischen Institutionen geht, sondern darum, die vorhandenen Probleme in Europa möglichst schnell und effizient anzupacken. Seine Scheu vor der Aufgabe, die Europa-Verträge verändern zu wollen, begründet beispielsweise Max Kohnstamm in einem NG-Gespräch mit dem einleuchtenden Hinweis auf die unendlichen Schwierigkeiten, die allein durch die Ratifizierungsverfahren in zehn verschiedenen nationalen Parlamenten entstünden. Er möchte vielmehr die schon bestehenden Verträge ausgeschöpft wissen und die vorhandenen europäischen Institutionen dazu zwingen, etwa das Problem Arbeitslosigkeit oder die Modernisierung der Industrie anzugehen.

Beide Konzeptionen, die Spinellis oder die Kohnstamms, schließen sich im Endeffekt nicht aus. Wer erfolgreicher sein wird und damit Recht behalten dürfte, werden die nächsten Jahre zeigen. Dabei kann leider nicht ausgeschlossen werden, daß beide Initiativen das Schicksal von einigen anderen Plänen für die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft erleiden, nämlich in Aktenschranken begraben und vergessen zu werden. Beide Ansätze brauchen zu ihrer Verwirklichung die breite politische Unterstützung der westeuropäischen Wähler. Die aber fühlen sich von „Europa“ meist sehr fern. Zwar wird von niemandem in den „proeuropäischen“ Gesellschaften bestritten, daß etwas geschehen müsse, und auch der amerikanische Präsident macht sich zur Zeit durch Pipelineembargos und andere Aktivitäten um die europäische Einigung durchaus verdient, aber solange für die politischen Parteien „Europa“ eher ein Nebenthema für vollmundige Sonntagsreden bleibt, wird sich wohl nicht viel ändern.



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
614	Peter Glotz	Wohlfahrtsstaat, Fiskalpolitik und Wachstum Bemerkungen zum Haushalt '83
616	Herbert Wehner	Bundshaushalt 1983/CDU/CSU Thema: Europa
619	Willy Brandt	Europäische Politik für die 80er Jahre
621	Pierre Mauroy	Beharrlichkeit tut not
625	NG-Gespräch mit Max Kohnstamm	Das Wesentliche sind die ökonomischen Interessen
630	Dokumentation	Entschließung zu den Leitlinien des Europäischen Parlaments für die Reform der Verträge und die Verwirklichung der Europäischen Union
633	Katharina Focke	Fenster aufmachen!
634	Thomas von der Vring	Zum Stand der spanischen EG-Beitrittsverhandlungen
637	Rudi Arndt	Wieviel Geld ist Europa wert? Erste Einigung im europäischen Haushaltsstreit
640	Dagmar Luuk	Rückkehr gegen Bares – ein entwicklungspolitischer Offenbarungseid
645	Klaus Wettig	Hessisches Konzept zur Reform der EG-Agrarpolitik – ein Lösung?
648	Jörg Jordan	Nochmals Reform der EG-Agrarpolitik
651	Walter Zöllner	Die Europäische Gemeinschaft und die Dritte Welt
654	Wilhelm Bruns	Europäische Sicherheitspolitik
659	Egon Bahr	Neuer Ansatz der gemeinsamen Sicherheit
668	Wolf Graf von Baudissin	„Kernwaffen und das Atlantische Bündnis“ Zum Artikel von McGeorge Bundy, George F. Kennan, Robert S. McNamara und Gerard Smith
671	Dieter S. Lutz	Von SALT zu START. Forderungen an eine verloren geglaubte Sache
674	Rainer Diehl	Die Schmierenkommödie vom Westfälischen Frieden
680	Peter Ruhenstroth-Bauer	Juso-Schülerarbeit auf verlorenem Posten?
683	Wolfgang Roth	Konsequente Politik gegen die Apartheid
685	Zehra Önder	Vom osmanischen Vielvölkerstaat zum National-Staat der modernen Türkei
		Berichte aus europäischen Ländern
689	Europäische Gemeinschaft	Frauenarbeit gezielt fördern
690	Belgien	Eher hilflos
691	Dänemark	Geringfügige Abstriche
692	Frankreich	Zwischen Ideologie und Realismus
693	Griechenland	Besonderer Auftrag
694	Großbritannien	Verschwommene Haltung
695	Irland	Zynische Linie
696	Italien	Unübersehbare Schwächung
697	Luxemburg	Sozialisten für monetäre Unabhängigkeit
698	Niederlande	Liberale im Aufschwung
699		Kritik

trotzdem verheerende Auswirkungen auf die Ernährungssituation in der Dritten Welt:

– Die hochgradig auf Veredelung orientierte Landwirtschaft der Gemeinschaft beraubt die Dritte Welt wichtiger Grundnahrungsmittel, die an unsere Kühe verfüttert werden, statt von den Völkern der Entwicklungsländer verzehrt zu werden. Für einen Bauern in Thailand ist es lohnender, sein Maniok an die reichen europäischen Landwirte zu verkaufen als an seine armen Landsleute. Zusätzlich erschwert wird die Lage dadurch, daß die Gemeinschaft den Weltmarkt für Grundnahrungsmittel wie für Sojabohnen dank ihrer finanziellen Überlegenheit leerfegen kann.

– Die ausgesprochen energie-intensive europäische Landwirtschaft verbraucht den größten Anteil der auf dem Weltmarkt angebotenen Energieträger, Kunstdünger, Pestizide und Herbizide, während die Entwicklungsländer leer ausgehen, die als Nachfrager finanziell nicht mithalten können.

– Die Überschußregulierung der europäischen Landwirtschaft über den Ausweg der Nahrungsmittelhilfe für Entwicklungsländer zerstört heimische agrarische Marktstrukturen in der Dritten Welt und beraubt die dort produzierenden Bauern jeder Anregung, selbst die Hände zu rühren. Die Abhängigkeit des Ersatzes eines Nahrungsmitteldefizits durch Lieferungen von

außen wird so auf Jahre hinaus zementiert.

Die Rolle der Europäischen Gemeinschaft gegenüber der Dritten Welt ist also durchaus zwiespältig zu sehen. Konzeptionell gehört die EG zu den Vorreitern in der Diskussion um die Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern. In der Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten hat sie Mut zu unkonventionellen Lösungen gezeigt. Ihre Förderung von Kooperationsmodellen in der Dritten Welt selbst – Beispiele können die südostasiatische ASEAN und die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft sein – ist der richtige Weg. Den Rubikon zu einer gerechteren internationalen Wirtschaftsordnung hat sie aber bisher nicht zu überschreiten gewagt. In Handelsfragen ist sie bei aller formalen Offenheit ein Hort des Konservatismus, ja der Selbstsucht. Der Schaden, den ihre Rolle auf dem Weltmarkt vielen Entwicklungsländern zufügt, übersteigt ihre Hilfe für diese Staaten bei weitem. Dem bitteren Resümee von Katharina Focke, dem ungeheuren Reichtum an Ideen und Anregungen, über den die Gemeinschaft verfüge, stehe ein nur millimeterhafter praktischer Fortschritt gegenüber, ist nur zuzustimmen. Man kann sagen, daß das normal ist in der Politik, nur: Es eilt, wenn wir den Wettlauf mit dem Tod nicht verlieren wollen.

Wilhelm Bruns: Europäische Sicherheitspolitik

Dr. Wilhelm Bruns, Jahrgang 1943, leitet seit 1978 den Arbeitsbereich Sicherheit und Abrüstung im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn). Veröffentlichungen: Friedliche Koexistenz, Hamburg 1976; Die UNO-Politik der DDR, Stuttgart 1978; Deutsch-deutsche Beziehungen (2. Auflage), Opladen 1979; Die Uneinigen in den Vereinten Nationen, Köln 1980 (S. a. seine zahlreichen Artikel in der NG).

I.

Im Geiste der Römischen Verträge und dem Wunsch der Europäer nach verstärktem außenpolitischen Zusammenhalt im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft entsprechend hat die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) seit ihrer Gründung im Jahre 1972 erkennbare Fortschritte erzielt. Das „Europa der Zehn“ konsultiert sich laufend in wichti-

gen außenpolitischen Fragen mit dem Ziel eines abgestimmten Verhaltens. Die Bilanz dieser Zusammenarbeit ist positiver, als es in der Öffentlichkeit häufig gesehen wird.

Eine gemeinsame Außenpolitik der Zehn kann jedoch nur ein Torso bleiben, wenn sie nicht durch eine integrierte europäische Sicherheitspolitik ergänzt wird. Die Sicherheitspolitik bestimmt den Kernbereich der Außenpolitik. Sie setzt in Europa nicht nur den Rahmen für das im Ost-West-Verhältnis Machbare, sondern bestimmt indirekt auch die Beziehungen Europas zu den neutralen Staaten und zur Dritten Welt.

Sicherheit setzt politisches und militärisches Gleichgewicht divergierender Kräfte voraus. Das Europa der Zehn verfügt im Bündnis mit den Vereinigten Staaten über das für die Sicherheit Europas erforderliche Gegengewicht zu den konventionellen und nuklearen Potentialen des Ostblocks. Die Staaten der EG sehen ihre Sicherheit durch die Mitgliedschaft im Nordatlantischen Bündnis gewährleistet.

Mit Ausnahme Irlands sind alle Staaten der Zehnergemeinschaft gleichzeitig Mitglieder der Allianz. Frankreich hat sich zwar von der militärischen Integration der NATO gelöst, ist jedoch durch die Beistandsverpflichtung im Rahmen des Nordatlantikpaktes und der WEU im westlichen Bündnisystem eingebunden und – nicht zuletzt durch seine Truppenpräsenz in der Bundesrepublik Deutschland – ein zuverlässiger Partner dieses Systems.

Im Rahmen der nordatlantischen Verteidigungsstruktur und deren Abschreckungsstrategie kommt der nuklearen Schutzgarantie der USA eine zentrale Bedeutung zu. In Ermangelung vergleichbarer Fähigkeiten hat sich Europa dem Schutz der strategischen Nuklearwaffen der Vereinigten Staaten als Ultima ratio der Abschreckung unterstellt.

Als Folge der Bindung Europas an diese Schutzgarantie ist der Spielraum einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik begrenzt. Er wird in nicht unerheblichem Maße von den Interessen der USA und deren Beziehungen zur Sowjetunion bestimmt. Fallen die Interessen Europas mit denen der Vereinigten Staaten zusammen, so wirkt sich das enge Verhältnis positiv aus, da es die westliche Position zum Nutzen aller Verbündeten stärkt. Interessensgegensätze hingegen führen automatisch zu Spannungen und zur Verminderung des europäischen Handlungsspielraums. Dies zeigt sich insbesondere bei den sich vertiefenden Meinungsunterschieden über die Fortführung der Entspannungs- und Abrüstungspolitik oder der Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt.

Man kann nicht dabei stehen bleiben, das amerikanisch-europäische Verhältnis als Funktion einer historischen Entwicklung und als Ergebnis zweier Weltkriege zu definieren. Der Führungsanspruch der Vereinigten Staaten basiert nicht minder auf der Vorstellung, daß zwar die europäischen Verbündeten für ihre Sicherheit auf den amerikanischen Nuklearschutz angewiesen sind, Amerika seinerseits aber notfalls auf die Mitwirkung Europas verzichten kann, um seine Sicherheit zu gewährleisten. Diese Betrachtungsweise wird zu Recht zunehmend in Frage gestellt. Sie hat in der Vergangenheit der Entwicklung einer echten, auf den Prinzipien der Gleichberechtigung begründeten sicherheitspolitischen Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Verbündeten im Wege gestanden. Die Drohung mit dem Entzug der Schutzgarantie hat die Europäer immer wieder in Ermangelung alternativer Sicherheitskonzeptionen veranlaßt, die eigenen Interessen zugunsten derjenigen der Schutzmacht hintan-

zustellen. Die Furcht vor der Abkoppelung determiniert:

- den Rahmen, in dem Ost-West-Beziehungen bezüglich Entspannungs-, Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik entwickelt und ausgebaut werden können;
- die Möglichkeiten und Grenzen der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Zusammenarbeit mit den Ostblockländern;
- das Verhältnis der europäischen Verbündeten zu den Ländern der Dritten Welt und deren Emanzipationsprozeß, soweit dieses künstlich zu einer Funktion der globalen Ost-West-Auseinandersetzung gemacht wird.

Konkret baut die Forderung nach einem integrierten europäisch-amerikanischen Verteidigungskonzept auf folgenden *Hypothesen* auf:

- 1.) Nur eine enge militärische Integration und die physische Präsenz der USA im Rahmen dieser Integration schaffen ein ausreichendes politisches und militärisches Gegengewicht zum Warschauer Pakt und garantieren die Bindung an die zentralstrategischen Systeme Amerikas.
- 2.) Europa ist nicht in der Lage, sich selbst ausreichend zu schützen; ohne die amerikanische Schutzgarantie gerät es in sowjetische Abhängigkeit.
- 3.) Stabilität ist nur durch militärisches Gleichgewicht zu erreichen; dieses Gleichgewicht kann, nicht zuletzt auch aus Gründen des Prinzips der Gleichheit bei Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen, nur durch annähernde Parität bei den Waffen, insbesondere bei den Nuklearwaffen, gewährleistet werden.

Diese Hypothesen haben die politische Entwicklung der Nachkriegsjahre bestimmt. Die durch sie geschaffene Friedensordnung für Europa hat den Antagonismus der Blöcke zementiert und das Schicksal Europas von den beiden Supermächten und deren bilateralem Verhältnis abhängig gemacht. In diesem Zusammenhang wird oft nicht erkannt, wie entscheidend die westliche Abschreckungsstrategie und die Doktrin der NATO über den Einsatz nuklearer Waffen ins Ost-West-Gefüge eingreift und das Verhältnis Europas zu den Vereinigten Staaten beeinflusst. Diese Strategie und ihre interpretative Ausgestaltung ist ein wesentlicher Faktor der Abhängigkeit Europas vom nuklearen Schutzschirm der USA.

Die NATO-Strategie der nuklearen Abschreckung ist nicht statisch, sondern einem stetigen Wandel unterzogen. Das Konzept einer massiven Vergeltung

in den Fünfziger Jahren, das wegen des „Alles oder Nichts“-Charakters wenig glaubwürdig war, wurde durch die Strategie einer abgestuften, flexiblen Reaktion abgelöst. Es ist Wesensmerkmal dieser Strategie, daß sich ihre Konturen nur schwer bestimmen lassen. Die Forderung nach Flexibilität steht in einem Spannungsverhältnis zwischen der insbesondere aus amerikanischer Sicht wünschenswerten Fähigkeit zur Verteidigung mit den Mitteln, die auch der Angreifer gewählt hat und der Bereitschaft zur Eskalation, die aus der Sicht der Europäer erforderlich ist, will man nicht in die Konzeption eines langandauernden, geographisch beschränkten, konventionellen oder nuklearen Krieges abgleiten. Während also das amerikanische Denken die „Führbarkeit“ eines Krieges – auch eines Nuklearkrieges – einschließt, muß den Europäern daran gelegen sein, die politische Qualität der Nuklearwaffen als Instrument der Kriegsbeendigung zu betonen.

Es reicht auch nicht aus, wenn sich die Befürworter der Strategie der flexiblen Antwort auf Flexibilität als entscheidendes Kriterium der Abschreckung berufen. Je mehr nämlich das Erfordernis der Flexibilität betont und die Fähigkeit entwickelt wird, dem Angreifer auf allen von ihm gewählten Angriffsformen die entsprechende Antwort bereitzuhalten, um so mehr mindert sich der Abschreckungseffekt der Drohung mit einer für den Angreifer nicht mehr akzeptablen, da raschen Eskalation des Konfliktes. Das Risiko wird für den Angreifer kalkulierbarer, denn in einem langandauernden Krieg über alle Eskalationsstufen kann er den Zeitpunkt besser bestimmen, in dem sein Risiko nicht mehr den erhofften politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gewinn aufwiegt. So paradox es klingen mag: Je mehr Flexibilität man in der Verteidigung fordert, umso mehr schwächt man das Element der vorbedachten Eskalation und damit die Abschreckung. Man muß mehr Waffen fordern, um auf alle Eventualitäten flexibel reagieren zu können und schafft doch weniger Sicherheit für die Länder, auf deren Boden die Aggression stattfinden würde.

Diese Tendenz ist auch in anderer Hinsicht gefährlich: Zum einen wird die militärische Seite eingeladen, „Lücken im Eskalationsspektrum“ auszumachen, zum anderen paralysiert sich Europa in einem solchen Szenario selbst: Die europäischen Verbündeten können keine eigenständige Sicherheitspolitik entwickeln, weil sie die zur Absicherung dieser Strategie erforderlichen Waffenmengen nicht aufbringen können und wollen.

Es wird zwar bestritten, daß sich die Nukleardok-

trin der NATO in den letzten Jahren in diese Richtung entwickelt hat. Aber das amerikanische Modernisierungsprogramm zur Entwicklung einer Zweitschlag-Fähigkeit, die Forderung nach Entwicklung selektiver, auf militärische Ziele gerichteter Optionen in der Präsidentendirektive 59, das Lückenargument im Rahmen der Nachrüstungsdebatte, die Diskussion um die Notwendigkeit der Neutronenbombe, die Forderung aus amerikanischen Militärkreisen – insbesondere der Armee – nach Durchsetzung einer Konzeption des integrierten konventionellen, chemischen und nuklearen Kampfes auf dem Gefechtsfeld über eine längere Dauer scheinen eher den Skeptikern Recht zu geben.

Das in den letzten Jahren vom Westen favorisierte Konzept der Rüstungskontrolle hat diese für Europa bedenkliche Entwicklung in der Strategie eher gefördert statt ihr entgegenzuwirken. Es impliziert de jure und inzwischen auch de facto die Forderung nach Parität der nuklearen Waffen, ohne die Auswirkung einer solchen Forderung auf die Strategie genauer zu analysieren. Über die Datendiskussion führt es ferner zu dem fast unlösbaren Problem der Vergleichbarkeit unterschiedlich ausgelegter Waffensysteme. Um dieses Problem zu umgehen, schlägt man den scheinbar einfacheren Weg ein, indem man Gleichgewicht an quantitativen statt an qualitativen Kriterien mißt. Ein auf gleiche Obergrenzen gerichteter Vertrag ist auch innenpolitisch leichter durchzusetzen. Statt von Erfordernissen der eigenen Sicherheit werden Rüstungen dadurch zunehmend von den vorhandenen Potentialen des Gegners abhängig gemacht. Schlimmer noch: Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik werden in Mißkredit gebracht, weil Rüstungen zu bargaining chips im Rahmen dieser Politik gemacht werden.

Die Rolle dieser Rüstungen für die Vervollständigung der Strategie der flexiblen Antwort wird dagegen kaum in Betracht gezogen, obwohl sie gerade von Europa kritisch bewertet werden muß, da sie zu Schichtenparitäten führt, die in Verbindung mit der Strategie der Flexibilität auf allen Konfliktebenen der Abkoppelung des europäischen Kriegsschauplatzes von den strategischen Kräften der USA Vorschub leisten.

Es bestehen auch gewisse Zweifel, ob die beiden Supermächte ihrer Verpflichtung aus dem Nichtverbreitungsvertrag nachkommen und ernsthaft die Reduzierung ihrer nuklearen Rüstungen betreiben. Zwar soll jetzt mit START ein neuer Anfang gemacht werden, auch wird in Genf über die Reduzierung nuklearer Mittelstreckenwaffen in und für Euro-

pa verhandelt, aber beide Seiten gehen wieder einmal mit Maximalforderungen in diese Gespräche, und konkrete Ergebnisse sind noch nicht ansatzweise erkennbar. Nach Auffassung der Europäer ist jedoch Abrüstung und Rüstungskontrolle keine Belohnung für Wohlverhalten des politischen Rivalen im weltweiten Konkurrenzkampf. Sie ist vielmehr die notwendige Folgerung aus der Erkenntnis, daß im Nuklearzeitalter militärische Konfliktlösungen auf Selbstvernichtung hinauslaufen und daher als Mittel der Politik nicht in Frage kommen.

Das Gefühl der Fremdbestimmung lähmt den europäischen Willen zur Selbstbehauptung und zur Entwicklung einer politischen Identität. In einem Verteidigungsbündnis kann auch keine Strategie auf Dauer Bestand haben, die die Risiken und Folgen eines Krieges einseitig einzelnen Mitgliedern aufbürdet und deren Existenz zugunsten des Überlebens der anderen Bündnispartner in Frage stellt. Auf diese Weise wird in den betroffenen Völkern die Tendenz zum Neutralismus gefördert.

Das mit der wirtschaftlichen Integration gewachsene Selbstbewußtsein der Westeuropäer kann auch langfristig keine Situation akzeptieren, in der der politische Freiraum Westeuropas letztlich im Verhältnis der beiden Supermächte zueinander definiert wird und in der Interessengegensätze dieser bipolaren Welt primär auf europäischem Boden ausgetragen werden.

II. Folgerungen für eine europäische Sicherheitspolitik

Europa muß sich, will es zu einer eigenständigen Sicherheitspolitik finden, von den vorgegebenen Sachzwängen befreien und den Mut entwickeln, neue Wege zu beschreiten. Die widernatürliche Spaltung Europas kann nur überwunden werden, wenn die Europäische Gemeinschaft als Kern eines künftigen geeinten Europas ihre aus ihrer Geschichte gewachsenen Erfahrungen und Erkenntnisse einsetzt, um einen von den Interessen der Supermächte unabhängigen Beitrag zu Entspannung und Frieden in der Welt zu leisten. Das nordatlantische Bündnis zerbricht nicht am europäischen Emanzipationsprozeß, könnte aber durch ein Denken gefährdet werden, das die Bürger der zu verteidigenden Staaten ihrem für sie geschaffenen Schutzmechanismus entfremdet.

Die Europäer müssen anerkennen, daß eine eigenständige europäische Sicherheitspolitik keine Selbstaufgabe oder Tendenz zum Neutralismus enthalten darf. Europa muß seine Interessen zur Geltung bringen, will es sich politisch emanzipieren.

Eine eigenständige europäische Sicherheitspolitik

darf nicht auf die Zerstörung der atlantischen Gemeinschaft oder auf Schaffung eines Dreiecksverhältnisses Amerika-Europa-Ostblock bei gleichem politischem und militärischem Gewicht der drei Mächtezentren zielen. Das Europa der Zehn bleibt auch in Zukunft ein Teil der westlichen Welt. Der Antagonismus der beiden Supermächte wird nicht durch die Emanzipation Westeuropas außer Kraft gesetzt. Amerika kann auch in Zukunft im eigenen Interesse kein von der Sowjetunion abhängiges Europa hinnehmen, ohne seine Existenz in Frage zu stellen. Daraus folgert, daß die militärische Stärke der westlichen Welt auch dann als Einheit gesehen werden muß, wenn Westeuropa eine selbständigere Rolle spielt.



Eine gemeinsame Sicherheitspolitik der Westeuropäer kann nicht nur auf den Bereich der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik beschränkt bleiben, weil diese von Fragen der Strategie und Bewaffnung nicht losgelöst werden kann. Entscheidendes Element einer eigenständigen Sicherheitspolitik ist letztlich die militärische Integration. Diese muß langfristig angestrebt werden. Dabei braucht Westeuropa keine dritte, den Potentialen der Supermächte gleichwertige militärische Fähigkeit zu entwickeln. Seine Sicherheit kann auch dann ausreichend gewährleistet werden,

– moderne integrierte konventionelle Streitkräfte

wirksam vor begrenzten Aggressionen abschrecken;

- der Gegner durch eine gegen einen Erstschlag geschützte, zahlenmäßig begrenzte und von den westeuropäischen Nuklearmächten kontrollierte Nuklearstreitmacht von einem umfassenden Krieg abgeschreckt wird, weil sein Risiko den durch einen Krieg erreichbaren Gewinn übersteigt;
- anerkannt wird, daß wegen der Konvergenz der Interessen zwischen Europa und Amerika eine Aggression gegen Europa die nukleare Supermacht USA auf den Plan rufen würde; daß also die Chance, den Krieg auf Europa zu beschränken, in Wirklichkeit nicht existiert.

Im Zeitalter der nuklearen Drohung ist zu fragen, ob die im strategischen Denken des 19. Jahrhunderts begründeten Vorstellungen von militärischem Gleichgewicht und politischer Erpreßbarkeit durch militärische Überlegenheit noch gelten. Der Vergleich mit den Potentialen des Gegners muß von der Bewertung der eigenen Fähigkeit, dem Angreifer glaubhaft einen unakzeptablen Schaden anzudrohen, abgelöst werden. Die „hinlänglichen Mittel“ und die „glaubhafte Abschreckung“, nicht „gleiche Rechte und Obergrenzen“, müssen die Kriterien der Strategie und der Rüstungskontrollpolitik sein. Das bedeutet auch einen neuen Ansatz für die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik, mit einer stärkeren Betonung auf der Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen statt der zahlenmäßigen Aufrechnung von Potentialen, kurz eine Doppelstrategie, die

- dem potentiellen Angreifer die Gewißheit vermittelt, daß ein Angriff auf Europa mit einem nicht kalkulierbaren Risiko verbunden wäre,
- durch nicht nachlassende Bemühungen im Bereich des politischen Dialogs und der Zusammenarbeit auf allen für beide Seiten vorteilhaften Gebieten dem Entstehen potentieller Konflikte vorbeugt.

Konkret bedeutet dies für die westeuropäischen Verbündeten:

- 1.) Institutionalisierte sicherheitspolitische Zusam-

menarbeit mit dem Ziel der militärischen Integration und deren parlamentarische Absicherung.

- 2.) Im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft oder der EPZ Schaffung eines für eine gemeinsame Sicherheitspolitik zuständigen politischen Entscheidungsträgers auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister.
- 3.) Überprüfung der bereits vorhandenen europäischen Institutionen WEU und Eurogroup der NATO auf ihre Brauchbarkeit als Basis einer sicherheitspolitischen Zusammenarbeit in Europa.
- 4.) Echte, partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Europa, Kanada und den Vereinigten Staaten auf der Grundlage gleicher Rechte und gleicher Interessen im Rahmen des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses.
- 5.) Überprüfung der vorhandenen Militärintegration der NATO im Lichte einer den europäischen Sicherheitsinteressen angemessenen Verteidigungsstrategie und unter Berücksichtigung einer verstärkten Eigenverantwortlichkeit der Europäer.
- 6.) Förderung einer auf Entspannung und Frieden ausgerichteten originären europäischen Sicherheitspolitik auf der Grundlage wirksamer Abrüstung und Rüstungskontrolle mit dem Ziel, die Spannungen in Europa zu vermindern und auch den osteuropäischen Staaten mehr Freiraum für ihre Entwicklung zu ermöglichen.
- 7.) Partnerschaftliche und überzeugende uneigennützig Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt, um die Unabhängigkeit dieser Länder und ihr Recht auf friedliche Entwicklung zu fördern.

Diese Thesen können nur Denkanstöße sein. Bei ihrer Formulierung wurde nicht verkannt, daß der Weg zu einer gemeinsamen westeuropäischen Sicherheitspolitik noch lang und schwierig ist und einer gründlichen konzeptionellen und politischen Absicherung bedarf. Das ist jedoch kein Grund, den Schritt auf dem Weg zu dieser Politik nicht zu wagen.